

Zur aktuellen sozialen Lage in Deutschland

Ein Wort der Evangelisch-methodistischen Kirche

*Wirtschaftssysteme unterstehen nicht weniger dem Urteil Gottes
als andere Bereiche der von Menschen geschaffenen Ordnung.*

Soziale Grundsätze der EmK , Kapitel 4

Der Evangelisch-methodistischen Kirche sind seit ihren Anfängen soziale Fragen sehr wichtig. Sie hat sich immer wieder aktuellen Herausforderungen gestellt und Stellung bezogen. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Probleme unseres Landes, die für viele Menschen einschneidende Veränderungen bringen, nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Unsere Gesellschaft hat mit einem ganzen Bündel sich gegenseitig verstärkender **Probleme** zu kämpfen:

1.1. Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft ist durch geringe Geburtenzahlen bei steigender Lebenserwartung gekennzeichnet. Immer neue, aber häufig sehr kostspielige Möglichkeiten der modernen Medizin lassen den finanziellen Bedarf im Sozialbereich überproportional ansteigen, während ein immer kleinerer Teil der Bevölkerung zur Finanzierung beiträgt.

1.2. Die Inlandsnachfrage nach klassischen Industriegütern stagniert weitgehend. Zusätzlich bewirkt die rasante technologische Entwicklung, dass immer mehr Güter von immer weniger Arbeitskräften produziert werden. Die Rationalisierung hat längst Verwaltung, Banken und Handel erfasst und auch dort zu Entlassungen im großen Stil geführt.

Herkömmliche Instrumente der Wirtschaftsförderung wie Investitionszulagen sind dagegen wirkungslos. Förderung an einem Standort vernichtet Arbeitsplätze an einem anderen, meist mehr als neu geschaffen werden. In diesem umfassenden Strukturwandel reichen die herkömmlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht aus, um sich der Vollbeschäftigung wieder zu nähern.

1.3. Die Arbeitslosigkeit verharrt seit 10 Jahren bei über 10%. Dadurch vergrößert sich auch die Zahl der Menschen, die längere Zeit arbeitslos sind. Zugleich verstärkt das die Tendenz zur Schwarzarbeit. Die Folge ist die Überlastung der Sozialsysteme und damit auch des Staatshaushalts. Die zum Ausgleich eingesetzten hohen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern belasten wiederum den Faktor Arbeit so stark, dass die Unternehmen aus Kostengründen versuchen, Arbeitskräfte einzusparen. So erhöht sich die Arbeitslosigkeit wie in einem Teufelskreis selbst. Dazu trägt auch die Konsumzurückhaltung bei, die auf die Verunsicherung und Zukunftsängste zurückzuführen ist.

1.4. Mit Sorge beobachten wir die gegenwärtige weltwirtschaftliche Entwicklung, die meist unter dem Begriff „Globalisierung“ (siehe Friedenswort der Evang.-method. Kirche in Deutschland, Kap. 6) zusammengefasst wird. Sie ordnet alle Bereiche der Wirtschaft -und über ökonomische Zwänge damit auch der Staaten- den Interessen der internationalen Geldmärkte und der Exportindustrie unter und untergräbt systematisch, was bisher, gerade auch in Deutschland, als soziale Komponente die Härten der Marktwirtschaft abfederte.

Besonders gefährlich erscheint uns der Versuch, diese gewollte und aktiv geförderte Entwicklung ideologisch zu überhöhen und als eine Art Naturgesetz darzustellen, das nicht hinterfragt werden darf. Von der Selbstregulierung des Marktes das Wohl der Menschheit zu erwarten, halten wir mit vielen anderen Kirchen für Götzendienst.

Tatsächlich hat unter Berufung auf die Globalisierung ein Wettlauf um die Senkung der Produktionskosten eingesetzt. Weltweit und eben auch bei uns werden mit der Drohung, Arbeitsplätze abzuziehen, die Erschließungskosten neuer Anlagen auf die Länder und Kommunen abgewälzt, die Steuern von Unternehmen immer weiter gesenkt und Lohndumping betrieben. Nicht selten werden Einschnitte in das soziale Netz, die bisher abgelehnt wurden, unter dem Deckmantel der Globalisierungsfolgen durchgesetzt. Häufig wird in den Medien statt sachlicher Information über das Für und Wider postuliert, dies sei *per definitionem* Modernisierung - womit man alle Kritiker als „rückständige Gutmenschen“ diffamieren kann.

1.5. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass jede Gesellschaft höhere Werte als nur Geld braucht. Weil wir bezweifeln, dass die menschliche Geldgier als Haupttriebkraft einer zukunftsfähigen Entwicklung taugt und weil uns das Schicksal von Menschen und ganzen Völkern, die dabei unter die Räder kommen, nicht gleichgültig sein kann, halten wir einen offenen und engagierten Diskurs über diese Fragen für dringend geboten. Wir sind uns dabei bewusst, dass es nicht um Besitzstandwahrung gehen kann.

Für diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten und sicherlich auch keine schnellen Lösungen. Trotzdem dürfen wir sie wegen ihrer Kompliziertheit nicht den Spezialisten allein überlassen. Die Kompetenz der Betroffenen ist ebenso gefragt. Nur das Mitdenken Aller kann Wege aus der Krise weisen, notwendige Reformen werden nur gelingen, wenn sie von vielen getragen werden. Um der Menschen willen *der Stadt Bestes zu suchen* (Jeremia 29, 7), statt uns kritiklos dem Zeitgeist anzupassen (Römer 12, 2), ist wesentliche Aufgabe unseres Christseins.

Wir halten deshalb die Initiative etlicher diakonischer Werke, der katholischen und evangelischer Kirchen für unterstützenswert, einen gemeinsamen kirchlichen Reichtums- und Armutsbericht unter dem Titel „Jahrbuch Gerechtigkeit“ herauszugeben, um die innerkirchliche und gesellschaftliche Meinungsbildung zu diesen Fragen zu fördern.

2. Einige **Anstöße zum Gespräch** soll auch dieses Wort der Zentralkonferenz geben.

2.1. Wir sorgen uns um den **Gemeinsinn** in unserer Gesellschaft. Wir halten es für eine Fehlentwicklung, dass das Recht auf Privateigentum ein Übergewicht bekommen hat, das andere Grundrechte beiseite schiebt. Zu den Grundüberzeugungen der jüdisch-christlichen Tradition gehört, dass Gelderwerb nicht Selbstzweck sein darf. *Weh dem, der sein Haus mit Sünden baut* (Jeremia 22, 13), *Niemand lebt davon, dass er viele Güter hat* (Lukas 12, 15).

Das Grundgesetz betont zu Recht, dass Eigentum verpflichtet. Das Recht auf Bildung, Gesundheit und Altersfürsorge gehören zum Fundament eines stabilen Staates und sind nicht „Brosamen“ der Wirtschaft. Das **Recht auf Arbeit** ist ein Grundrecht, das gleiches Gewicht wie das Recht auf Eigentum erhalten sollte und darum in das Grundgesetz gehört.

Unterstützung und Förderung von Arbeitslosen ist eine vorrangige Aufgabe der Gemeinschaft. Die unter der Bezeichnung Hartz IV eingeführten Regelungen sind in vieler Hinsicht unbefriedigend und verbesserungsbedürftig. Es ist in Kirche, Diakonie und Gesellschaft darauf zu achten, dass mit den 1-Euro-Jobs wirklich zusätzliche, gesellschaftlich sinnvolle Dienstleistungen erbracht werden.

2.2. Unser **Sozialsystem** versteht sich bisher als Risikovorsorge, zu der alle Beschäftigten verpflichtet sind. Wer jedoch genug verdient, um auch ohne diese Vorsorge ausreichend gesichert zu sein, ist von diesen Zahlungen befreit. Dieses System ist nicht mehr zeitgemäß. Denn Wertschöpfung erfolgt mit immer weniger Arbeitskräften, also tragen auch immer weniger Beschäftigte zu den Kosten bei. Es ist zudem unsolidarisch, denn es bürdet alle Kosten für den Teil der Gesellschaft, der Unterstützung braucht (Rentner, Arbeitslose, chronisch Kranke), allein den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen auf.

Wir sehen daher die Zukunft in einem steuerfinanzierten Solidarsystem wie in anderen europäischen Staaten bereits verwirklicht, in dem ausnahmslos von allen Einkünften ein angemessener Anteil für die soziale Grundversorgung erhoben wird. Das würde auch zu der dringend erforderlichen Entlastung der Kosten des Faktors Arbeit beitragen. Das ursprüngliche Ziel, durch Wettbewerb der Krankenkassen Kostenreduzierung zu erreichen, wird offensichtlich verfehlt, solange diese Kassen vorwiegend um die Gesunden konkurrieren.

Deshalb unterstützen wir Initiativen und Überlegungen zu einem sozial verantwortbaren und ausgewogenen steuerfinanzierten Solidarsystem.

2.3. Kinder kann man nicht verordnen. Man kann jedoch ein Klima schaffen, in dem deutlich wird, dass sie willkommen sind. Davon sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Kinderwunsch und berufliche Entwicklung lassen sich nur schwer vereinbaren, es gibt besonders in den westlichen Bundesländern zu wenig Kindergärten und in den Unternehmen zu wenig qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze. Dazu gehört auch die stärkere Bereitschaft von Männern, ihren Teil an der Haus- und Erziehungsarbeit zu leisten und die Erwerbsarbeit zu reduzieren. Hier ist nicht nur der Gesetzgeber gefragt. Gerade als Kirchen und Gemeinden

sehen wir uns in großer Verantwortung. Wir setzen uns in unseren Gemeinden und in unserer Nachbarschaft dafür ein, das Umfeld für Kinder zu verbessern.

2.4. Erziehung und Bildung sind mehr als ein Fitnessprogramm für die zukünftige Karriere. Das geistige Klima im Deutschland der Zukunft wird wesentlich davon geprägt, welche Werteskala heute vermittelt wird. Kinder und Jugendliche brauchen Sinn für ihr Leben und eine Perspektive im Beruf.

Gute Ergebnisse im internationalen Vergleich werden wir nur erreichen, wenn wir auf einer breiten Basis aufbauen. Eine individuelle Förderung und Berufs- bzw. Studienberatung kann die Motivation fördern. Gerade auch die wenig angepassten jungen Leute haben oft ein großes Potential an Kreativität und Leistungsfähigkeit. Kinder aus sozial benachteiligten Familien brauchen besondere Unterstützung, um gleiche Bildungschancen zu haben. Geplante Schulgebühren und Studiengebühren für ein Erststudium halten wir für eine zusätzliche Hürde.

2.5. Die Sicherung aller dieser Rechte verursacht Kosten. Darum sind **Steuern** nicht der lästige Griff des Staates nach unserem Geld, sondern der unverzichtbare Beitrag aller Bürger zum Erhalt der Gemeinschaft, die wir alle brauchen. Nicht ohne Grund gibt Jesus die (auch schon damals unpopuläre) Mahnung, dem Staat zu geben, was ihm zusteht (Markus 12, 17).

Alle Versuche, durch immer weiter gehende Liberalisierung, Privatisierung bei der Grundversorgung und Steuererleichterungen für die Wohlhabenden das solidarische Miteinander aufzukündigen, spaltet die Gesellschaft und sägt damit an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Wer Steuern hinterzieht, begeht nicht nur eine Straftat, sondern wird auch schuldig an den Menschen, denen aus Geldmangel nicht geholfen werden kann.

Es ist dringend erforderlich durch Abschaffung von Steuerprivilegien die tatsächliche Steuerzahlung auch bei Unternehmen und höheren Einkommen den gesetzlichen Steuersätzen anzunähern.

2.6. Wir sorgen uns um die **Gerechtigkeit** in unserem Land. Leistung soll ganz gewiss belohnt werden. Es ist aber nicht nachvollziehbar, dass die Einkünfte von Spitzenmanagern selbst dann noch steigen, wenn ihre Unternehmen unbefriedigende Ergebnisse erbringen, zu deren Konsolidierung die Beschäftigten obendrein noch Leistungskürzungen hinnehmen müssen.

Angemessene Mindestlöhne sichern nicht nur die Menschenwürde der Beschäftigten und ihrer Familien, sie sind auch die Grundlage einer gesunden Binnennachfrage, auf der der Mittelstand aufbaut. Menschen mit kleinem Einkommen bringen ihr Geld nicht ins Ausland, sondern geben es in der Region aus.

2.7. Wir sehen Anzeichen für eine schleichende Aushöhlung der **Demokratie**. Die Macht der Wirtschaft und der Medien ist so übermächtig geworden, dass die Politik mehr und mehr zum Erfüllungsgehilfen degradiert wird. Die Entscheidungen in diesen Machtzentren sind aber von der Öffentlichkeit nicht ausreichend kontrollierbar.

Zugleich entsteht der Eindruck, dass für Parteien und manche Politiker zuerst die eigene Macht und dann erst das Wohlergehen der Bevölkerung zählt. Menschen fühlen sich ausgeliefert, von den Eliten verraten und werden damit für populistische Parolen anfällig. In einem Klima des Misstrauens sind die notwendigen Veränderungen schwer möglich. Wir halten eine größere Transparenz in allen Bereichen für dringend erforderlich, um neues Vertrauen zu schaffen.

Wir setzen uns dafür ein, den Primat der Politik als Vertretung der Interessen des ganzen Volkes durch unabhängige Politiker und Politikerinnen und eine engagierte Bürgerschaft wiederherzustellen. Dazu können wir auch als Kirche unseren Beitrag leisten. Wir ermutigen Gemeinden sowie einzelne Christen, sich am politischen Geschehen zu beteiligen (Anfragen, Briefe, Bürgerinitiativen, Übernahme politischer Mandate).

3. Bei allen Schwierigkeiten durch die begonnenen und anstehenden Veränderungen sollten wir nicht übersehen, dass wir mit einem sehr hohen Lebensstandard an materiellen Gütern, an Sicherheit und funktionierender Infrastruktur leben. Ein Schlüssel zur Bewältigung von Veränderung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind **Mut und Risikobereitschaft**. Gottes Verheißungen haben schon viele Menschen zum Aufbruch in unbekanntes Land ermutigt.

Wir als Glieder und Gemeinden der Evangelisch-methodistischen Kirche wollen uns mit unseren Möglichkeiten vor Ort einbringen. Das Vertrauen auf Gott gibt uns die Kraft, neue

Initiativen zu ergreifen, Projekte auch mit befristeten Projektstellen aufzubauen und Veränderungen ideenreich in Angriff zu nehmen.

So können wir zum Beispiel durch unsere eigenen Geldanlagen Banken und Geldinstituten helfen, trotz Risiken **günstige Kredite** gerade für kleine und mittlere Unternehmungen zu vergeben. Das UNO-Jahr 2005 der Mikrokredite erinnert uns an die Erfolgsgeschichte der meist von Christen (auch John Wesley) initiierten Kreditgenossenschaften. Wir ermuntern Gemeinden und Kirchenglieder, sich bei der weltweit arbeitenden Entwicklungsgenossenschaft „Oikocredit“ zu beteiligen.

Nach unserer Überzeugung sind persönliche Frömmigkeit und gesellschaftliches Engagement zwei Seiten derselben Medaille: Nur wo wir uns mit ganzer Kraft einbringen, sind unsere Forderungen glaubwürdig; nur wo wir um Veränderung ringen, bleibt unser persönliches Tun kein Tropfen auf dem heißen Stein. Für beides schöpfen wir die Hoffnung aus der Gewissheit, dass auf dem Weg zu den Geringen unser Herr an unserer Seite ist.

Wuppertal, den 18. Februar 2005

(Unterschrift des Bischofs)